

## EINWOHNER- UND STANDESAMT

### **Amtsleiter**

Eugen Ratzenböck

### **Sekretariat**

Gerlinde Winter

Neues Rathaus, Hauptstraße 1-5, 4041 Linz

Telefon: 7070/2520, 2521

Fax: 7070/2522

### **Abteilungen**

#### **1 (Geburtenbuch)**

Walther Wohlfahrtstädter

#### **2 (Ehebuch, Sterbebuch)**

Helmut Grösswang

#### **3 (Wählerevidenz)**

Günter Aichmair

#### **4 (Einwohner- und Staatsbürgerschaftsangelegenheiten)**

Winfried Fröschl

Walter Schmidtgrabmer (ab 1. Oktober 1999)

Mitarbeiter am 31. Dezember 1999: 38

### **ALLGEMEINER AUFGABENBEREICH**

Personenstandsverzeichnung und damit im Zusammenhang stehende, von Verwaltungsbehörden zu vollziehende Aufgaben nach den einschlägigen Gesetzen und Namensänderungen.

Allgemeine Wahlangelegenheiten und Führung der Wählerevidenzen.

Allgemeine Einwohner- und Staatsbürgerschaftsangelegenheiten.

### **SCHWERPUNKTE**

Die Schwerpunkte des Jahres 1999 waren die Durchführung der Wahl der von Österreich zu entsendenden Abgeordneten zum Europäischen Parlament und der Nationalratswahl sowie des Familien-Volksbegehrens.

#### **Europawahl am 13. Juni 1999**

Mit Verordnung der Bundesregierung vom 30. März 1999 wurde die Wahl der von Österreich zu entsendenden Abgeordneten zum Europäischen Parlament ausgeschrieben und mit dieser Ausschreibung gemäß § 2 Abs. 1 der Europawahlordnung gleichzeitig Wahltag (13. Juni 1999) und Stichtag (6. April 1999) festgesetzt.

Die Rechtsgrundlage für diese Wahl bildete auf europäischer Ebene der „Akt zur Einführung allgemeiner, unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments (Beschluss des Rates vom 20. September 1976)“ sowie für die Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechtes für Unionsbürger(innen) in einem Mitgliedsstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, die Richtlinie 93/109 des Rates vom 6. Dezember 1993.

Für diese Wahl bildete das Bundesgebiet einen einheitlichen Wahlkörper, wobei die Untergliederung in Landes- und Regionalwahlkreise sowie Stimmbezirke lediglich dem Zweck der statistischen Vergleichbarkeit der Wahlergebnisse dienen sollte. Für die Leitung und Durchführung der Europawahl waren die seit der Nationalratswahl vom 17. Dezember 1995 im

Amt befindlichen Wahlbehörden zuständig. Dazu kamen noch die (zwei) sogenannten besonderen Wahlbehörden, die jene Personen aufzusuchen hatten, denen der Besuch des zuständigen Wahllokales am Wahltag auf Grund ihres gesundheitlichen Zustandes nicht möglich war oder die wegen Verdachtes krimineller Handlungen in ihrer Freiheit beschränkt waren.

Teilnahmeberechtigt waren alle Personen, die am Stichtag, 6. April 1999, in der Europa-Wählerevidenz der Stadt Linz eingetragen waren. Dieser Personenkreis war in drei Gruppen zu untergliedern:

1. Alle österreichischen Staatsbürger mit Hauptwohnsitz in Linz (134.957)
2. Alle österreichischen Männer und Frauen, die ihren Hauptwohnsitz im Ausland hatten und zeitgerecht ihre Aufnahme in die Europawählerevidenz beantragt haben (1.169)
3. Unionsbürger(innen), die die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzen, ihren Hauptwohnsitz in Linz hatten und antragsgemäß spätestens am Stichtag in die EU-Wählerevidenz aufgenommen wurden (195).

Nach Geschlechtern getrennt stellten sich diese Summen wie folgt dar:

	Männer	Frauen	insgesamt
zu 1.	60.661	74.296	134.762
zu 2.	608	561	1.169
zu 3.	95	100	195
Gesamtzahl der Wahlberechtigten			136.126

Das Gebiet des Stimmbezirkes Linz-Stadt war bei der Europawahl 1999 unter Einschluss der reinen Wahlkartensprengel auf 264 Wahlsprengel aufgeteilt.

Der "Urnengang" führte zu folgendem Ergebnis:

Anzahl der Wahlberechtigten	136.126	
Abgegebene Stimmen	64.814	47,6 %
Nichtwähler daher	71.312	52,4 %
Ungültige Stimmen	1.282	2,0 %
Gültige Stimmen	63.532	98,0 %

Aufteilung der gültigen Stimmen auf die wahlwerbenden Parteien:

ÖVP	12.992	20,4 %
SPÖ	23.813	37,5 %
FPÖ	15.709	24,7 %
GRÜNE	7.657	12,1 %
LIF	1.974	5,1 %
CSA	769	1,2 %
KPÖ	618	1,0 %

### Nationalratswahl am 3. Oktober 1999

In seiner Sitzung vom 16. Juli 1999 hatte der Nationalrat noch vor Ablauf der XX. Gesetzgebungsperiode seine Auflösung beschlossen und in der Verordnung der Bundesregierung über die Ausschreibung der Wahl zum Nationalrat wurde als Wahltag der 3. Oktober 1999 und als Stichtag für die Erfassung der Wahlberechtigten der 3. August 1999 bestimmt. Demnach waren in Linz zu dieser Wahl 136.202 Personen, inklusive der in der Linzer Wählerevidenz eingetragenen 2.036 Auslandsösterreicher, ins Wählerverzeichnis aufgenommen worden und waren damit zur Stimmenabgabe berechtigt.

Wie schon bei der wenige Monate vorher stattgefundenen Europawahl war das Stadtgebiet wiederum in 264 Wahlsprengel eingeteilt.

Von der Möglichkeit, aus Krankheitsgründen von einer besonderen Wahlbehörde aufgesucht zu werden, machten 169 Wahlberechtigte, für die vier "fliegende Wahlkommissionen" eingerichtet wurden, Gebrauch.

Die Anzahl der ausgestellten Wahlkarten lag bei der Nationalratswahl 1999 bei 10.646, wovon 718 Wahlkarten von Auslandsösterreichern beantragt wurden.

Um bei der Wahlkartenbestellung über das Internet bzw. per e-mail die Übersicht zu bewahren, war es notwendig, diese in geordnete Bahnen zu leiten (bei der Bundespräsidentenwahl im Jahr 1998 erreichten uns sieben, bei der Europawahl im Frühjahr 1999 bereits 53 Wahlkartenanträge per e-mail). Linz hat daher als erste Gemeinde Österreichs die Wahlkartenbestellung mittels vorgegebenem Antragsformular per Internet ermöglicht. Die beachtliche Zahl von 1.249 Anträgen wurde bei der Nationalratswahl 1999 auf diesem Weg gestellt (das sind ca. zwölf Prozent aller Anträge). Zum Vergleich: 1.093 Anträge wurden per Post gestellt und 814 erreichten uns per Fax.

Begleitend wurden umfangreiche Wahlinformationen, u. a. auch die Möglichkeit der Wahllokalsuche, als Serviceleistung ins Netz gestellt.

Die Wahl führte zu folgendem Ergebnis:

Anzahl der Wahlberechtigten	136.202		
Abgegebene Stimmen	96.867	71,1 %	
Nichtwähler daher	39.335	28,9 %	
Ungültige Stimmen	1.096	1,1 %	
Gültige Stimmen	95.771	98,9 %	

Hievon entfielen folgende Anteile auf die wahlwerbenden Parteien (Kurzbezeichnungen):

SPÖ	39.502	41,2 %
ÖVP	16.495	17,2 %
FPÖ	25.653	26,8 %
LIF	4.019	4,2 %
GRÜNE	8.462	8,8 %
KPÖ	535	0,6 %
NEIN	327	0,3 %
DU	778	0,8 %

### Familienvolksbegehren

Das Einleitungsverfahren für dieses Volksbegehren wurde am 19. März 1999 beantragt und am 12. April 1999 durch Entscheidung des Bundesministeriums für Inneres bewilligt. Mit dieser Entscheidung wurde gleichzeitig der Stichtag (3. August 1999) sowie der Zeitraum für das Eintragungsverfahren (9. bis 16. September 1999) festgesetzt.

Das Stadtgebiet wurde wiederum – wie schon bei dem vorangegangenen Volksbegehren – in zwölf Eintragungssprengel unterteilt. Für die Pfleglinge in den Krankenhäusern sowie für die Bewohner in den Seniorenheimen war eine mobile Eintragungsbehörde tätig, die die Anstalten und Heime täglich aufzusuchen hatte. Während des Eintragungszeitraumes nahmen von den 135.165 Linzer Stimmberechtigten 2.760 Personen, das sind 2,06 Prozent, die Gelegenheit wahr, um sich in die an zwölf Stellen aufliegenden Listen einzutragen.

Zur Beurkundung dieses Ergebnisses war am Ende der Eintragungszeit die nach der Nationalratswahlordnung im Amt befindliche Bezirkswahlbehörde berufen.

## LEISTUNGSUMFANG

Im Bereich Personenstandswesen sind Umfang und Anzahl der Dienstleistungen

gegenüber dem Vorjahr zum Teil gestiegen wie aus folgender Aufstellung ersichtlich ist.

	1999	1998
<b>Geburtenbuch</b> (Neugeburten)		
Geburtenbucheintragungen	4.402	4.620
Vaterschaftsanerkenntnisse	1.195	1.148
Geburtsurkunden	5.772	5.932
ASVG-Bestätigungen	4.402	4.620
Mitteilungen	9.102	9.102
<b>Ehebuch</b> (Eheschließungen)		
Niederschriften zur Ermittlung der Ehefähigkeit	1.193	1.142
Eheschließungen	926	894
ausgestellte Heiratsurkunden	2.081	2.013
Mitteilungen an Behörden	4.343	4.160
<b>Fortführung</b> (Geburten- und Ehebuch)		
Geburtenbuchvermerke	2.005	1.838
Mitteilungen aus den Vermerken	3.000	4.000
Hinweise im Geburtenbuch	2.734	3.886
Ehebuchvermerke	1.461	1.580
Hinweise im Ehebuch über spätere Eheschließungen	428	517
Auskünfte aus Geburten- und Ehebüchern	3.042	4.151
Abschriften aus Geburtenbuch	3.429	2.918
ausgestellte Geburtsurkunden	2.604	2.435
Abschriften aus Ehebuch	82	59
Heiratsurkunden	1.166	1.160
Vaterschaftsanerkenntnisse	154	312
Behördlich Namensänderungen		
Namensänderungsbescheide	216	225
Mitteilungen an Behörden	1.700	1.600
<b>Sterbebuch</b>		
Todesfälle	3.335	3.182
Sterbebuchabschriften	4.355	4.676
Sterbeurkunden	1.297	645
Todesbestätigungen an Sozialversicherungsanstalten	3.629	3.486
Mitteilungen an Behörden	26.362	25.683

Auch im Bereich Einwohner- und Staatsbürgerschaftsangelegenheiten war die

Tendenz teilweise stark steigend (siehe nachstehende Vergleichszahlen):

	<b>1999</b>	<b>1998</b>
Bestätigungen und Bescheinigungen	24.278	17.804
Kirchenaustritte	1.769	1.746
Auskünfte (persönlich und per Telefon)	29.321	26.742
Polizeierhebungen (Meldeamt)	4.178	4.256
Staatsbürgerschaftsevidenz	209.200	207.279
Zuwachs	1.921	1.876
Mitteilungen, die in Staatsbürgerschaftsevidenz eingetragen wurden	5.314	5.403
Staatsbürgerschaftsnachweise	1.460	1.364
Mitteilungen an auswärtige Evidenzgemeinden	422	378
Auskünfte aus der Staatsbürgerschaftsevidenz	2.900	2.800
Verleihungsansuchen	945	472
Telefonische Auskünfte über Staatsbürgerschaftsverleihung	8.500	5.400